



DIE UNABHÄNGIGEN

(Bürgerinnen und Bürger für Hennef) e.V.

Fraktionsbüro: 53773 Hennef, Frankfurter Straße 97, Rathausurm,
1. OG, Zimmer 1.04, Telefon: 02242/888208, Telefax: 02242/8887208
Im Internet finden Sie uns unter: WWW.Unabhaengige-Hennef.com

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es hat sich ja mittlerweile herumgesprochen, dass die Unabhängigen den vorliegenden Haushaltsentwurf ablehnen. Das hat nun die SPD veranlasst die Zusammenarbeit zwischen CDU und Unabhängigen für gescheitert zu erklären, ich zitiere: „Die Koalition ist geplatzt!“

Ich finde es einfach rührend, wie die SPD versucht einen Keil in die Verbindung zu treiben. Aber hier ist es wie in jeder guten Ehe: Vertrauensvolle Zusammenarbeit verträgt durchaus ab und an Meinungsverschiedenheiten. Aus einer solchen Meinungsverschiedenheit nun herauslesen zu wollen, dass eine Koalition zerbrochen sei, grenzt schon an Spökenkiekerelei. Oder ist hier vielleicht der Wunsch der Vater des Gedankens?

Zur nochmaligen Information, auch der SPD: Es gibt tatsächlich keine Verpflichtung der Unabhängigen zur einheitlichen Abstimmung mit der CDU, schon gar nicht zur Unterwerfung, sondern lediglich die selbstverständliche Pflicht zur gegenseitigen Information über abweichende Meinungen und Stimmverhalten vor den Sitzungen. CDU und Unabhängige nennen das „Zusammenarbeit“ und nicht, wie es immer kolportiert wird „Koalition“.

Unterschiedlichkeit kann Partnern nicht schaden und belässt jedem das Recht zur freien Meinungsbildung und auch –äußerung (siehe auch Art. 5 GG). Wenn politische Parteien glauben, es nötig zu haben, auf anderen herum zu prügeln, statt selbst Sacharbeit zu betreiben und sich primär auf diesem Wege profilieren wollen, zeigt das sehr gut den wahren Charakter und Intention derselben.

Kommen wir jetzt aber zum eigentlichen Thema, dem Haushalt:

Sah der Ergebnisplan für 2014 noch einen Betrag von 97,9 Mio. ordentlicher Aufwendungen vor, für 2015 von 101,7 Mio., so steigt der Wert für 2016 weiter auf 110,6 Mio. Der jeweilige Fehlbetrag steigt von 3 Mio. über 4,5 Mio. auf den Betrag von 5,5 Mio. im Jahre 2016.

Man sieht an diesen Zahlen, dass zwar die Erträge steigen, leider aber auch die Aufwendungen und diese wesentlich schneller. Differenzbeträge müssen bekanntlich aus den Rücklagen entnommen werden und schmälern so das Eigenkapital der Stadt. Darüber hinaus dürfen die Entnahmen der Rücklage nur in jedem zweiten Haushaltsjahr 5% des restlichen Eigenkapitals übersteigen, ansonsten geht es automatisch in die Haushaltssicherung!

So kam, was kommen musste:

Der BM erklärt am 24. April 2015, dass zwei Jahre hintereinander der Verzehr des Eigenkapitals den zulässigen Wert von 5% überschritten hat. Als Ursachen wurden

Einbrüche bei der Gewerbesteuer, höhere Personalkosten und die Ausgaben für die Flüchtlinge festgestellt.

Sind die Einbrüche bei Gewerbesteuer und die höheren Kosten für die Asylbewerber durchaus nachvollziehbar, hieß es bei späteren Nachfragen zu den Personalkosten: „Die Stadt hat Kindergärten und deren Personal übernommen“. Da ist die Auskunftslage seit April ja etwas klarer geworden. Aber wenn denn schon im April über die Höhe der Personalkosten geklagt wird, wie kann es denn sein, dass, beginnend mit dem 2. Mai, mindestens 12 neue Stellen von der Stadt in der Presse ausgeschrieben wurden.

Da passt Sagen und Tun in keiner Weise zusammen!

So ist durch diese übermäßigen Ausgaben ein Haushaltssicherungskonzept unumgänglich geworden.

Die Unabhängigen hatten vor Jahr und Tag schon einmal vorgeschlagen, ein solches Konzept freiwillig zu entwickeln; der Vorschlag ist aber immer mit dem Argument: „wir wollen unsere Gestaltungsmöglichkeiten behalten“ abgebügelt worden.

Was sind denn eigentlich diese „Gestaltungsmöglichkeiten“? Das sind alle die Teile des Haushaltes, die nicht auf Grund gesetzlicher Regelungen festgelegt sind.

Sehen wir uns nun den aktuellen Haushaltsentwurf an, so ist keine „freiwillige Leistung“ (die stellen nämlich die so genannten Gestaltungsmöglichkeiten dar) gestrichen worden. Ganz im Gegenteil, die Unterstützung für einige Heimatvereine ist sogar noch verbessert worden und das völlig zu Recht. Die Stadtbibliothek gibt es weiter, die Musikschule gibt es weiter, usw. usw.

Heißt: es gab , es gibt und es wird Gestaltungsmöglichkeiten für intelligente Köpfe immer geben, auch im HSK!

Heißt aber auch, dass man auch im HSK immer noch einigen Gehirnschmalz auf die Struktur des Haushaltes verwenden kann und natürlich auch soll. Es ist ja nicht vorgeschrieben, da über 10 HSK-Jahre dahin zu dümpeln, mit ein bisschen Ehrgeiz geht das auch schneller. (nur für die Presse: bis 2008 waren das noch 5 Jahre, hier hat sich die Politik wieder einmal Zeit gekauft!)

Betrachten wir doch einmal die drei Wege zur Haushaltskonsolidierung.

1. Steuern erhöhen
2. Schulden machen
3. Ausgaben senken

Die ersten beiden Methoden sind die einfachsten, weil dabei nur gerechnet werden muss, anstatt konzeptionell zu denken. Die ersten beiden Möglichkeiten werden deshalb von der Verwaltung immer wieder bevorzugt.

Leider lösen sie aber das Schuldenproblem nicht, die Lösung wird bestenfalls in die Zukunft verschoben, auf die Kinder, die Enkel, wahrscheinlich sogar auf den Sanktnimmerleinstag.

Sehen wir uns doch eine der geplanten Steuererhöhungen einmal an: z. B. die Grundsteuer. Diese Steuer belastet jeden Bürger ohne Ansehen der Person, also nicht nur Grundeigentümer, sondern auch Mieter, da die Steuer umlagefähig ist. Ist das sozial gerecht? Ist das zwingend oder gar alternativlos? Zumal in der angesetzten Höhe? Die Steuer belastet sogar den städtischen Haushalt in den Fällen, in denen die Stadt die Miete zahlt. Hier wandert Geld von der linken in die rechte Tasche, eine Einnahmenerhöhung wird hier nicht generiert. Es gibt in NRW einige Kommunen,

die nahezu schuldenfrei sind und seltsamerweise haben diese nur geringe Steuern. Musste es außerdem ein so kräftiger Schluck sein, denn immerhin steigt die Steuer um gut 25%, darüber hinaus sind die nächsten Steigerungen um 50 Punkte alle drei Jahre bis auf 750 Punkte ja schon eingeplant.

Zum Thema „Schulden machen“ möchte ich gerne wieder einmal auf den Eigenkapitalverzehr aufmerksam machen. Hatte die Stadt mit der Einführung von NKF, also zu Beginn 2009, noch 97,3 Mio. auf der hohen Kante, so werden es nach heutiger Planung 2019 gerade mal noch 44 Mio. sein, das Kapital schmilzt wie Schnee in der Sonne. Das eigentliche Problem, dass dabei auftaucht, ist aber, dass je kleiner das Eigenkapital ist, umso schneller die 5%-Hürde gerissen wird, d. h. die mögliche Höhe der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage sinkt von Jahr zu Jahr. Konnte man 2009 noch fast 5 Mio. unschädlich aus der Rücklage entnehmen, sind es 2019 dann nur noch 2,2 Mio. Außerdem ist, wie ich aber zu Anfang schon gesagt habe, die Entnahme zumindest in den letzten drei Jahren stetig gestiegen.

Klar ist: in den beiden vorbeschriebenen Fällen werden die Einnahmen den Ausgaben angepasst, nicht umgekehrt, wie es der immer wieder beschworenen Generationengerechtigkeit angemessen wäre. Oder auch von Normalbürgern zu Recht erwartet wird.

In dem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass auf der Herbsttagung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW der Vortragende von einem Allzeithoch bei den kommunalen Erträgen insbesondere im Bereich der Steuern, der allgemeinen Zuweisungen im Rahmen des KFA und der zweckgebundenen Zuweisungen spricht. Zumindest für Hennef hat er da Recht: da die Steuerkraft der Stadt steigt, sinken die Schlüsselzuweisungen nach dem GFG!

Beide Arten der Haushaltskonsolidierung lösen das Problem also nicht!

Kommen wir zur dritten Möglichkeit: Ausgaben senken!

Das, was man im Volksmund Sparen nennt, funktioniert doch eigentlich ganz einfach, der bevorstehende Bau der Gesamtschule West weist doch den Weg. Man muss einfach nur die geplanten Ausgaben genauestens untersuchen und siehe da, es findet sich genug Geld im ursprünglichen Plan, um sich auch noch den Querbau leisten zu können. Dies nur als ein Beispiel.

So gibt es in der Stadt zwar manchmal schöne, aber trotzdem auch unnötige Baumaßnahmen. Hier fällt mir sofort die neue Treppe am Bahnhof ein oder auch der Parkhausabriss, dessen Neubau noch einige Millionen verschlingen wird.

Auch Kleinigkeiten wie das Brandschutzgutachten kosten Geld. Das war schon im Haushalt 2012 enthalten, fertig geworden ist es erst in 2015. Zufällig wird gerade das FSHG novelliert. Muss das Gutachten dann überarbeitet oder gar erneuert werden? In dem Zusammenhang will ich auch die Halle Meiersheide nicht vergessen. Ja, die Halle war notwendig, aber musste daraus ein solcher Prachtbau werden?

Auch der Baubetriebshof ist so ein Fall: von Null Kosten auf 1,8 Mio. und die wahren Kosten sind bis heute nicht bekannt. Die diesbezügliche Anfrage der Unabhängigen aus April 2014 hat noch keine Antwort erfahren.

Wenn mehr Beispiele gewünscht werden, es gibt sie noch reichlich.

Auf den gesamten Haushalt bezogen geht man sinnvollerweise so vor, dass man die größten Ausgabenposten zuerst betrachtet.

Da fallen sofort die Personalkosten ins Auge: hier steigen die Aufwendungen in den Jahren von 2008 bis 2016 von ca. 19 Mio. auf ca. 30 Mio., eine Steigerung von 58%. Wirklich erschreckend wird die Zahl dann, wenn man weiß, dass die Bevölkerung in der Stadt Hennef in demselben Zeitraum gerade mal um 3% gewachsen ist.

Wir sehen also, dass von den drei Möglichkeiten einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen nur die Einnahmeseite betrachtet wird, also Steuern erhöhen und Schulden machen. Die Ausgabeseite bleibt völlig unberücksichtigt. Genau das ist der Grund, warum die Unabhängigen den Haushalt ablehnen.

Lassen Sie mich zum Schluss besonders allen in Hennef im Sinne des Gemeinwohles tätigen Vereinen, der weitgehend ehrenamtlichen Feuerwehr, den Hilfsorganisationen, den Kirchengemeinden und den Einzelpersonen, die durch ihre Tätigkeiten und oft selbstlosen Einsatz entscheidend zur Lebensqualität in Hennef beitragen, Dank sagen. Ohne ihren Einsatz wären viele Aufgaben nicht zu bewältigen, auf deren Erfüllung die Stadt nicht verzichten kann. Die Unabhängigen werden dies wie in der Vergangenheit weiter aktiv fördern und unterstützen.

Ich danke aber auch und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.